

Das Zitat



«Ein professionelles Reisebüro muss sich, um die gesetzliche Pflicht zu erfüllen, zum Wohl der Kunden absichern.»

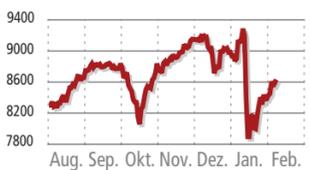
Martin Wittwer, Chef TUI Suisse 13

Girokonten nur gering gestiegen

ZÜRICH sda. In der letzten Woche haben die Banken bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nur wenig mehr Geld geparkt: So stiegen die Girokonten inländischer Banken lediglich um 1,56 Milliarden auf 384,9 Milliarden Franken, wie die Währungshüter gestern bekannt gaben. In der Vorwoche hatten die Giro Guthaben noch um fast 18 Milliarden auf 383,3 Milliarden Franken zugelegt. Das Total der Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank blieb indes bei 443 Milliarden Franken stabil.

BÖRSE

SMI 8632.14 +0.51%



AKTIEN DES TAGES

TOP	09.02.	+/-
Alpha Petrovision	0.05	+25%
Transocean Inc.	18.16	+7.84%
Meyer Bur. Tech.	6.96	+7.74%
Calida Holding	37.2	+7.36%
Micronas	6.15	+6.03%

FLOP

Therapeutics	0.06	-14.29%
SHL Telemedicine	8.23	-6.37%
Accu	14.3	-4.03%
Bravovly Rumbo Grp.	14.15	-3.74%
Peach Property	10.5	-3.67%

Dollar in Fr.	0.9252	+0.02%
Euro in Fr.	1.0472	+0.08%
Gold in Fr. pro kg	36620	+0.18%

ZINSSÄTZE IN %

Markt	06.02.	Vortag
Geldmarkt	0.06	0.06
Franken-Libor 3 Mt.	-0.885	-0.881
Franken-Libor 6 Mt.	-0.7676	-0.7616
Kapitalmarkt	0.02	0.02
Schweiz 10-j. Staatsanleihe	-0.073	-0.072
Deutschland 10-j. Staatsanl.	0.316	0.33
USA 10-j. Staatsanleihe	1.9229	1.9221

Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd group 10022015

«Das entlarvt die Heuchelei»



Rachid Mohamed Rachid
Ägyptischer Handelsminister von 2004 bis 2011. Er deponierte 31 Millionen US-Dollar auf Konten bei der HSBC. Die Konten wurden 2011 blockiert. (Key)



Rami Makhlouf
Cousin des syrischen Präsidenten Baschar el Assad. Er unterhielt bei der HSBC Konten über 27 Millionen US-Dollar. 2008 wurde er in den USA angeklagt wegen Korruption. (AP)



Belhassen Trabelsi
Der Schwager des tunesischen Ex-Diktators Ben Ali hatte 26 Millionen US-Dollar bei der HSBC parkiert. Ihm wird in Tunesien Bereicherung auf Staatskosten vorgeworfen. (AFP)

FINANZPLATZ Die Genfer Filiale der Bank HSBC hat über Jahre hinweg mit kriminellen Kunden geschäftet. Auch heute kommen nicht alle Banken ihrer Sorgfaltspflicht nach, sagt eine Compliance-Expertin.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

Monika Roth, die Genfer Filiale der Grossbank HSBC hat zwischen 2000 und 2007 Geschäftsbeziehungen zu Financiers von Terroristen und Händlern von Blutdiamanten unterhalten. Wie bewerten Sie die Enthüllungen?

Monika Roth: Zum Teil geht es hier um beträchtliche Auswüchse. Dass eine Bank über Jahre mit Händlern von Blutdiamanten geschäftet, obwohl deren Vergehen teils öffentlich bekannt waren, ist ungeheuerlich. Das entlarvt die Heuchelei des früheren Geschäftsmodells der Bank. Diese ist ein grosser Sponsor des Yehudi-Menuhin-Festivals in Gstaad gewesen, und hintenrum macht sie solche Geschäfte.

Welche Dimension haben die Enthüllungen noch für die Gegenwart? Letztlich geht es doch um ein abgeschlossenes Kapitel für den Finanzplatz.

Roth: Es geht hier keineswegs nur um die Aufarbeitung von Altlasten. Beim Umgang mit politisch exponierten Personen, beispielsweise Staatschefs oder Oligarchen, schauen auch am Schweizer Finanzplatz immer noch nicht alle Banken ganz genau hin. Ob Gelder beispielsweise aus geplünderten Staatskassen stammen, wird längst nicht immer gründlich kontrolliert. Das zeigt der Fall des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch. Dessen Sohn konnte 2011 problemlos in Genf eine Firma mit einem Millionenkapital gründen. Es ist fragwürdig, wie Banken

in Genf dieses Unternehmen als Kunden akzeptieren konnten.

Die Schweiz rühmt sich, eine der schärfsten Geldwäscherei-Gesetzgebungen weltweit zu haben. Wären solche Machenschaften aktuell überhaupt noch möglich?

Roth: Derartige fragwürdige Geschäfte sind durchaus weiter möglich – auch in der Schweiz. Ich finde es beispielsweise bedenklich, dass die Finanzmarktaufsicht (Finma) in ihrem Bericht über den Arabischen Frühling keine Angaben machte, welche Banken Potentatengelder von arabischen Staaten halten und welche Standards sie konkret verletzen.

Das heisst, es braucht eine schärfere Regulierung in der Schweiz.

Roth: Die Schweiz braucht sicher keine Verschärfung der bestehenden Regelungen. In Bezug auf die politisch exponierten Personen muss sie aber ihre bestehenden Regelungen konsequenter umsetzen. Die bekannt gewordenen Dimensionen des Falls HSBC bieten hier für die Aufsichtsbehörden Anlass genug, genau hinzuschauen und die Banken in die Pflicht zu nehmen. Es ist aber nicht allein ein Problem der Schweiz, man muss hier auf globaler Ebene ansetzen.

Was meinen Sie genau?

Roth: Um Korruptionsgeldern und der Plünderung von öffentlichen Kassen den Riegel schieben zu können, bräuchte man einen weltweiten Standard und globale Transparenz. Die UNO-Mitglieder müssten sich einigen, dass eine politisch ex-

ponierte Person bei Amtsantritt ihre Vermögensverhältnisse und ihr Salär öffentlich transparent machen muss. Alle künftigen Vermögenszuwächse müsste diese Person dann erklären. Das heisst letztlich, dass sie beweisen müsste, dass das Geld legal erworben wurde. Das wäre eine Beweislastumkehr.

Für das Ausland ist die Schweiz nach den jüngsten Enthüllungen einmal mehr der Hort für Schwarzgeld. Hat die Schweiz jetzt ein Imageproblem?

Roth: Das Ausland betreibt eine durchschaubare Empörungsbewirtschaftung. Der Londoner Finanzplatz beispielsweise steht da nicht viel besser da als der Schweizer Finanzplatz. Und auch die Deutsche Bank hat punkto Verhalten und Risikokontrolle in den vergangenen Jahren keine gute Figur gemacht.

HINWEIS

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

Geld für Osama Bin Laden

AFFÄRE red. Die Genfer Filiale der britischen Grossbank HSBC soll über Jahre von Geschäften mit Waffenhändlern profitiert haben, die Mörserbomben an Kindersoldaten in Afrika geschickt haben. Auch mit Schmugglern von Blutdiamanten und Geldgebern der Terrororganisation el Kaïda unterhielt die Bank Geschäftsbeziehungen – und dies, obwohl sie in vielen Fällen klare Indizien für die kriminellen Machenschaften der Kunden hatte. Das belegen Recherchen von Journalisten aus über 40 Ländern. Beteiligt waren auch die Zeitungen «Tages-Anzeiger», «Der Bund», «Sonntagszeitung», «Le Matin Dimanche», «L'Hebdo» und «Le Temps».

Gestohlene Datensätze

Die Recherchen zeigen zudem, dass auch Verwandte und Regierungsmitglieder von Autokraten wie Ägyptens Ex-Herrscher Hosni Mubarak und Syriens Präsident Baschar el Assad zu den Kunden gehörten (siehe Bilder). Die Informationen über die problematischen Kunden befanden sich in den Kundendaten, die der bei HSBC in Genf angestellte Informatiker Hervé Falciani 2007 der Bank gestohlen hatte. Falciani übergab die Daten den französischen Steuerbehörden, und von da gelangten sie zur französischen Zeitung «Le Monde».

In den Daten sind den neuen Berichten zufolge Konten von mehr als

106 000 Personen aus mehr als 200 Ländern und Territorien zu finden, mit Einlagen von insgesamt über 100 Milliarden Dollar im Jahr 2007.

Finma untersuchte Bank

Die Kundendossiers hätten bestätigt, dass die HSBC 2007 aktiv bei der Hinterziehung von Steuern half, meldete der «Tages-Anzeiger». Die Steuerermittlungen haben mehr als 1 Milliarde Euro an Nachzahlungen und Strafgeldern eingebracht.

In einer Stellungnahme übernahm HSBC Schweiz die Verantwortung für die fehlende Kontrolle der fraglichen Kunden. HSBC erklärte, die Schweizer Tochter sei nach der Übernahme 1999 nicht vollständig integriert gewesen, was unterschiedlich hohe Standards innerhalb des Konzerns ermöglicht habe. In den letzten Jahren habe die Bank in der Schweiz aber eine «radikale Transformation» vollzogen. Konten von Kunden, «die nicht den hohen Standards entsprachen», seien geschlossen worden. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht hatte in den letzten Jahren zwei Untersuchungen im Bereich Geldwäscherei sowie zur IT-Sicherheit bei der HSBC Schweiz durchgeführt. Die Bank habe dabei gegen aufsichtsrechtliche Bestimmungen verstossen, sagte Finma-Sprecher Tobias Lux. Die Finma habe Massnahmen angeordnet, welche die HSBC umgesetzt habe.